

CONV 351/02

WG II 15

VERMERK

des	Sekretariats
für die	Gruppe II
<u>Betr.:</u>	Kurzniederschrift über die Sitzung vom Montag, den 7. Oktober 2002 unter dem Vorsitz des Kommissionsmitglieds António VITORINO

Die sechste Sitzung der Gruppe II (Charta/EMRK) hat am 7. Oktober 2002 von 10.00 bis 16.30 Uhr unter dem Vorsitz des Kommissionsmitglieds António Vitorino stattgefunden.

1. Modalitäten und Folgen eines etwaigen Beitritts der EG/EU zur EMRK

In seiner Einführung zu diesem Thema wies der Vorsitzende darauf hin, dass er sich in seinem Entwurf für einen Bericht der Gruppe im Großen und Ganzen an seinen mündlichen Ausführungen auf der Plenartagung vom 3. Oktober orientieren werde. Er schlug insbesondere vor, in dem Bericht die beiden folgenden Punkte hervorzuheben:

- Bei einem Beitritt zur EMRK würde sich die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten nicht ändern. Die Gruppe könnte empfehlen, dies mit Hilfe bestimmter Instrumente zu garantieren, beispielsweise durch Einfügen einer dahin gehenden Präzisierung in die Rechtsgrundlage für den Beitritt sowie durch Aufnahme einer Bestimmung oder Erklärung über die begrenzten Zuständigkeiten der Union in den Beitrittsvertrag. Damit würde der Beitritt zur EMRK lediglich für den Bereich der derzeitigen Zuständigkeiten der Union gelten, und die EMRK würde auch nur innerhalb dieser Grenzen "positive Verpflichtungen" nach sich ziehen.

- Der Beitritt hat keinen Einfluss auf die nationale Stellung der Mitgliedstaaten im Straßburger System. Dies ließe sich durch einen schrittweisen Ansatz gewährleisten, bei dem der Konvent lediglich über die verfassungsrechtliche Genehmigung des Beitritts befinden würde, während es dem Rat überlassen bliebe, einstimmig die Modalitäten des Beitritts, den Zeitpunkt des Beitritts zu Zusatzprotokollen und etwaige Vorbehalte der Union zu beschließen. Die Vorbehalte der Mitgliedsstaaten würden durch den Beitritt der Union nicht berührt, da dieser nur im Rahmen des Unionsrechts Wirkung entfalten würde.

Die Gruppe erklärte sich mit dem Ansatz des Vorsitzes einverstanden.

2. Modalitäten und Auswirkungen einer etwaigen Einbeziehung der Charta in die Verträge

– Prüfung bestimmter technischer Anpassungen der horizontalen Bestimmungen der Charta

Der Vorsitzende unterbreitete der Gruppe Kompromissvorschläge (siehe Arbeitsdokument 23) für technische Anpassungen der horizontalen Artikel (Artikel 51 und 52) der Charta, die er unter der Voraussetzung erstellt hat, dass die Charta als rechtsverbindlicher Text in die Verträge aufgenommen wird.

Die überwiegende Mehrheit der Redner beglückwünschte den Vorsitzenden zu seinen Kompromissvorschlägen. Die vorgeschlagenen technischen Anpassungen seien äußerst klar und präzise; mit ihrer Hilfe ließen sich die von einigen bemängelten rechtlichen Zweideutigkeiten der Charta beseitigen. Zudem würden die Anpassungen am Inhalt der Charta nichts ändern. Mehrere Mitglieder erklärten, dass es für sie auf dieser Grundlage sehr viel einfacher sei, ihre nationalen Regierungen und Parlamente für eine Aufnahme der Charta in die Verträge zu gewinnen. Einige Mitglieder hoben hervor, dass die vorgeschlagenen Änderungen aus Sicht der Bewerberländer, die am vorigen Konvent nicht teilgenommen haben, eine große Hilfe für die einzelstaatlichen Richter dieser Länder darstellten, welche die Bestimmungen der Charta, sofern diese rechtsverbindlich wird, künftig auslegen hätten.

Ein Mitglied der Gruppe sprach sich gegen die Anpassungsvorschläge des Vorsitzenden aus, da sie aus seiner Sicht gegen die von der Gruppe vereinbarte Arbeitsmethode verstößen, wonach der Wortlaut der Charta nicht verändert wird; auch würden durch die Anpassungen keine wirklich nützlichen rechtlichen Aspekte hinzugefügt und einige der vorgeschlagenen Klauseln, insbesondere die Auslegungsvorschriften, hätten in einem Verfassungstext nichts zu suchen. Der Vorsitzende erwiderte darauf, das Mandat der Gruppe sei von Beginn an so aufgefasst worden, dass es die Prüfung technischer Anpassungen der horizontalen Bestimmungen der Charta einschließe.

Am Ende ihrer Beratungen über die redaktionellen Aspekte, bei denen sie sich insbesondere auf einige Änderungsvorschläge eines Mitglieds stützten, verständigten sich die Mitglieder der Gruppe – mit Ausnahme eines Mitglieds, das an seinem Vorbehalt festhielt – auf eine leicht geänderte Fassung der redaktionellen Anpassungen der Artikel 51 und 52 der Charta sowie auf diesbezügliche Erläuterungen, die in den Bericht aufgenommen werden sollen. Diese Anpassungen werden dem Plenum in der Anlage zum Bericht der Gruppe empfohlen werden.

Die Mitglieder der Gruppe waren sich auch darin einig, dass die im Bericht der Gruppe enthaltenen Erläuterungen zu diesen Anpassungen den "Erläuterungen" des Präsidiums des vorherigen Konvents zur Seite gestellt werden sollten, damit für die gesamte Charta auf "Vorarbeiten" zurückgegriffen werden kann.

– Derzeitige Fassung von Artikel 6 Absatz 2 EUV

Die meisten Redner vertraten die Auffassung, dass eine endgültige Entscheidung darüber, ob die Bezugnahmen auf die beiden Inspirationsquellen in der derzeitigen Fassung von Artikel 6 Absatz 2 EUV beibehalten werden sollten oder nicht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht wäre, da die künftige Struktur des Vertrags noch nicht feststehe. Wie sich im Verlauf der Aussprache zeigte, gibt es diesbezüglich unterschiedliche Ansichten, die bereits in der zweiten Sitzung der Gruppe (siehe Dok. CONV 203/02 WG II 07) vorgetragen wurden. Die Gruppe beschloss, auf konkrete Empfehlungen zu verzichten und stattdessen dem Plenum vorzuschlagen, dieses Thema im Zusammenhang mit der Frage zu erörtern, in welcher konkreten Form die Charta in die Verträge aufgenommen werden soll.

3. Mögliche Elemente des Entwurfs eines Abschlussberichts der Gruppe

Der Vorsitzende erläuterte vor der Gruppe ausführlich, welche Elemente er in seinen Abschlussbericht aufnehmen möchte. In der anschließenden Aussprache erklärten die Mitglieder sich damit einverstanden, dass diese Elemente aufgenommen werden; sie präzisierten diese Elemente in einigen Punkten und führten eine Reihe zusätzlicher Elemente an, die in den Bericht aufgenommen werden sollten.

Es wurde vereinbart, dass der Vorsitzende seinen Entwurf für einen Bericht der Gruppe spätestens am 16. Oktober (möglichst jedoch bereits am 15. Oktober) verteilen wird und dass die Mitglieder bis zum 17. Oktober schriftlich darauf reagieren können. Auf Grundlage dieser Reaktionen wird der Vorsitzende seinen Entwurf überarbeiten und ihn in der Sitzung am 21. Oktober zur Billigung unterbreiten.